

Pressemitteilung

BAUINDUSTRIE zu Ausschreibungen im Bereich der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur

- **Konjunkturlage und Umfrage bestätigen Rückgang der Ausschreibungen**
- **Insbesondere der Straßenbau ist betroffen**

43/19
Berlin, 25.11.2019

„Die Branche kann sich leider nicht mehr von der allgemeinen Verschlechterung der Stimmung in der Gesamtwirtschaft frei machen: Die Geschäftserwartungen lassen auch am Bau nach. Mittlerweile erwarten deutlich mehr Bauunternehmen eine Eintrübung ihrer Geschäftslage als noch vor einem Jahr. Dies ist auch auf eine Zunahme an Stornierungen und schleppender Auftragsvergabe insbesondere im Straßenbau zurückzuführen.“ Mit diesen Worten kommentierte der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Dieter Babel, die heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten September-Daten des Bauhauptgewerbes.

„Eine kurzfristig durchgeführte Umfrage (siehe beigefügtes Positionspapier) unter unseren Mitgliedern bestätigt diese Entwicklung - die deutliche Mehrheit der Unternehmen beklagt einen Rückgang der Ausschreibungen im Bereich des öffentlichen Straßenbaus, und das, obwohl doch ausreichend Mittel vorhanden sind“, beschreibt Babel die aktuelle Situation. Die schleppende Auftragsvergabe schein nicht nur auf personelle Engpässe in den Behörden zurückzuführen zu sein, sondern auch darauf, dass Ausschreibungen bewusst zurückgehalten würden, weil auf sinkende Preise gehofft werde. „Eine solche Praxis stößt bei uns auf Unverständnis, sollte sie zutreffend sein. Denn dadurch würde dem ruinösen Preiskampf wieder Tür und Tor geöffnet, der am Ende auch der öffentlichen Hand schadet“, so Babel.

Die aktuellen Zahlen zeigen, dass der Ordereingang im Straßenbau* sich schlecht entwickelt: Dieser sei im September um real 5,6 % zurückgegangen, nach einem Einbruch im August von 18,8 %. Über alle neun Monate läge das Volumen um 2,9 % unter dem vergleichbaren Vorjahresniveau.

„Unter diesem Gesichtspunkt ist der mitunter vorgebrachte Vorwurf der Politik, die Bauunternehmen bauten nicht genügend Kapazitäten auf, geradezu zynisch. Wir fordern deshalb die Politik auf, Ausschreibungen konsequent an den Markt zu bringen, vor allem aber keine Ausschreibungen aus Preisgesichtspunkten zu verknappen und bewusst zurückzuhalten. Auch sollten natürliche Baupreissteigerungen – aufgrund von gestiegenen Baumaterialpreisen, zunehmenden gesetzlichen Vorgaben sowie gestiegenen Lohnkosten – sowohl in den Investitionsprogrammen als auch bei der konkreten Projektplanung konsequent berücksichtigt werden“, sagt Babel.

*) Baubetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Auch im Internet abrufbar: bauindustrie.de